



Die JungeGEW Bergstraße informiert Euch! Newsletter der JGEW-Bergstraße März 2018

- 1.) Termine...Termine...Termine
- 2.) Rückschau auf den Vortrag von Prof. Hartmann
- 3.) Landtagswahl wirft Schatten voraus – wir werden aktiv!!!
- 4.) Tarifaueinandersetzung - Warnstreiks
- 5.) Belastungsfaktoren in Schulen, Hilferufe und wie der Kultusminister reagiert
- 6.) Sendehinweise zum Themenfeld „Kriege und Waffenhandel“
- 7.) Tipps und Hinweise zu verschiedenen Themenfeldern

1.) Bitte vormerken:

- Aktionstag und GEW-Sommerfest am 24. Mai
- Podiumsdiskussion zum Thema „Überlastung“ mit Landtagspolitiker*innen am 14. August (Zusagen bis jetzt von Die Linke, SPD, FDP)
- Landesweite Bildungs-Demo vor den Landtagswahlen am 22. September in Frankfurt

2.) Sind die Reichen blind? Oder hat der Wahnsinn Methode? Erfolgreiche VA mit Eliteforscher Prof. Hartmann am 16.03.

Der Kreisvorstand der GEW Bergstraße hat sich ins Zeug gelegt und den renommierten Eliteforscher Prof. Michael Hartmann an die Bergstraße geholt. Weit über 100 interessierte Zuhörer folgten dem Vortrag gebannt. Im Anhang die Pressemitteilung zur Veranstaltung inklusive einer Zusammenfassung der Kernthesen – oder auch hier:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=39443>

3.) Landtagswahlen in Hessen für einen Politikwechsel nutzen – Bildung braucht bessere Bedingungen

Am 28.10. 2018 findet die Wahl für eine weitere 5-jährige Legislaturperiode des hessischen Landtags statt. Die GEW Hessen hat in ihrer Klausur am 18./19.3.2018 den START-Schuss für eine Reihe von öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegeben, die in eine oder zwei Groß-Demonstrationen vier Wochen vor der Landtagswahl am **Samstag, den 22. September 2018** münden, eine davon in Frankfurt. Dazu laden wir auch unsere Bündnispartner*innen ein.

Wir wollen ein klares Zeichen dafür setzen, dass unsere zahlreichen Überlastungsanzeigen endlich ernst genommen und die unzumutbaren Arbeits- und Bildungsbedingungen verbessert bzw. beseitigt werden.

Unsere Fachleute haben die hessische Haushaltslage ab 2020 analysiert, die Hessen mit einem geänderten Länderfinanzausgleich und der Haushaltsentwicklung rund 1 Milliarde Euro zusätzlichen finanziellen Spielraum beschert. Eine neue Landesregierung wird nicht mehr sagen können, es sei kein Geld da!

Vielmehr geht es darum, endlich die Mittel für unsere langjährigen Forderungen einzusetzen:

Absenkung der Arbeitszeit mindestens auf die 40-Stundenwoche, d.h. runter mit den Pflichtstunden um mindestens eine halbe Stunde, Erhöhung der Schuldeputate zur Entlastung der Kollegien

A-13 auch für Grundschulkolleg*innen, wie es andere Bundesländer bereits beschlossen haben

Bessere Bildung für alle durch ausreichend Mittel für Inklusion und Ganztagsmodelle

Gezielter Ausbau von Ausbildung und Umschulung für dringend benötigte Lehrkräfte.

Dafür muss aber Schluss sein mit einer Politik des Wegsehens und der Ignoranz der hessischen Bildungspolitik. Wenn Hessens CDU-Kultusminister Lorz nicht einmal den Krankenstand der Lehrkräfte zur Kenntnis nehmen und mitteilen will, spricht das Bände! Zur Schwerhörigkeit des Herrn Lorz s.u.

Merkt Euch den 24. Mai vor – dort werden wir uns in einer kurzen knackigen Aktion auf die Landtagswahl einstimmen, bevor wir im Anschluss den Grill anschmeißen zum Sommerfest.

Merkt Euch den 22. September vor – der KV organisiert die gemeinsame Anfahrt nach Frankfurt. Lass uns gemeinsam unseren Protest auf die Straße tragen!!!

4.) Tarifrunde Bund und Kommunen: noch kein Angebot der Arbeitgeber - GEW weitet Warnstreiks aus

Die GEW hat gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes als Forderungen für die Tarifrunde Bund und Kommunen (TVöD) 6 Prozent mehr Gehalt mit einem Mindestbetrag von 200 Euro bei einer Laufzeit der Entgelttabellen von 12 Monaten beschlossen. Die Entgelte von Auszubildenden und Praktikant/innen sollen um 100 Euro monatlich angehoben werden.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde zum TVöD haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Erneut bezeichneten sie die Forderungen der Gewerkschaften als unbezahlbar und sperrten sich vehement gegen den Mindestbetrag von 200 Euro. Die VKA verpasste darüber hinaus die Chance, endlich den Weg frei zu machen für Verhandlungen über eine tarifliche Eingruppierung der kommunalen Lehrkräfte. „Immerhin wird die Mitgliederversammlung der VKA sich während der dritten Verhandlungsrunde im April mit dem Thema befassen“, kommentierte GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz die schleppenden Verhandlungen. Nun müssen die Kolleginnen und Kollegen den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. Die GEW wird die Tarifbeschäftigten in den städtischen Kitas, an den kommunalen Schulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zu ganztägigen Warnstreiks aufrufen. „Nach Ostern werden die Warnstreiks flächendeckend ausgeweitet“, kündigte Merbitz an. Die dritte Verhandlungsrunde findet am 15. und 16. April in Potsdam statt.

5.) Hallo, Herr Kultusminister...?!

Elitenverwahrlosung nennen z.B. die Nachdenkseiten die Abgehobenheit politisch Verantwortlicher, die mit der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen in keiner Weise mehr vertraut scheinen (s. z.B. Hartz-IV-Debatte).

Da äußert sich z.B. Armin Schwarz (bildungspolitischer Sprecher der Hessen-CDU) am 14. März während der HR-Sendung „Schlossplatz 1“ zum Thema „Problemfall Schule“ dass, wenn man – wie er – jenseits der GEW mit Lehrkräften und Schulleitern spreche, von diesen ganz klar zu hören bekomme, wie hervorragend die Zustände an den hessischen Schulen in Wirklichkeit seien.

Offensichtlich hat er noch nie etwas von den mittlerweile nach Hunderten zählenden Überlastungsanzeigen gehört, die ganze Kollegien nun schon seit Jahren als Hilferufe gen Wiesbaden senden.

Aber da geht es ihm wie dem Kultusminister selbst – der hat davon wohl auch noch nie etwas gehört, was auch erklären würde, warum er den Kolleg*innen auch keine Antwort zukommen lässt. Der Gesamtpersonalrat von Offenbach hat ihn mittlerweile öffentlich dazu aufgefordert, sich endlich dazu zu verhalten. Hier die Pressemitteilung der Offenbacher Kolleg*innen:

Kultusminister ignoriert Hilferufe aus Schulen – neue Welle an Überlastungsanzeigen erwartet

Das Hessische Kultusministerium zeigt keine Reaktion auf die Forderung des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer Offenbach, auf die vielen Überlastungsanzeigen inhaltlich einzugehen. Viele Kollegien aller Schulformen planen, erneut eine Überlastungsanzeige zu stellen.

Die Rückmeldungen, die der Gesamtpersonalrat und die in ihm vertretenen Gewerkschaften aus den Schulen erhalten, lassen nur einen Schluss zu: die Arbeitsbedingungen an hessischen Schulen sind nicht gut. Die im Bundesvergleich sehr hohe Pflichtstundenzahl und große Klassen, die eine auf die Lernenden zugeschnittene Differenzierung erschweren, sind keine neuen Phänomene. Die Aufgabenfelder, die von den Lehrkräften an hessischen Schulen zusätzlich abgedeckt werden sollen, sind jedoch so stark angewachsen, dass sich seit mittlerweile fünf Jahren immer mehr Kollegien in Hessen an ihren Dienstherrn wenden und auf die Unzumutbarkeit der Bedingungen, unter denen sie arbeiten, hinweisen.

Um auf diese Missstände hinzuweisen und um Abhilfe zu bitten, haben viele Kollegien kollektive Überlastungsanzeigen gestellt. Adressiert sind sie an den Kultusminister als obersten Dienstherrn. Dieser hatte jedoch von Beginn an die Staatlichen Schulämter verpflichtet, sich mit den Anzeigen auseinanderzusetzen und sich selbst aus der Verantwortung genommen.

Doch die meisten Probleme, die in der Lehrerschaft zu Überlastung, Krankheit und Burnout führen, lassen sich auf der Ebene der Schulämter nicht beheben. Sie sind Angelegenheit der Schulpolitik und nur über das Kultusministerium zu ändern. Die dringendsten Anliegen sind hier eine spürbare Verringerung der Arbeitszeit und eine höhere Lehrerversorgung sowie Entlastungstunden für die zusätzlichen Arbeitsbereiche.

Da bis jetzt eine Reaktion von Seiten des Kultusministeriums auf die Hilferufe der Lehrkräfte ausblieb, haben sich die betroffenen Kollegien hilfesuchend an den Gesamtpersonalrat am Schulamt Offenbach gewandt. Dieser schickte im Dezember 2017 sämtliche ihm vorliegende Überlastungsanzeigen noch einmal im Paket an das Kultusministerium und forderte es auf, sich endlich mit den Nöten der Lehrerinnen und Lehrern auseinanderzusetzen und für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Doch bis heute hat der Minister auf dieses Schreiben nicht geantwortet, was in der Lehrerschaft auf Befremden und Unverständnis stößt. Viele Schulen haben mittlerweile erklärt, eine zweite oder dritte Überlastungsanzeige zu stellen, in der Hoffnung, dass das Kultusministerium endlich ernsthaftes Interesse daran zeigt, die Behebung dieser Missstände anzugehen und Maßnahmen zur Verbesserung zu ergreifen.

Der Gesamtpersonalrat macht sich große Sorgen um die kurz-, mittel-, und langfristigen gesundheitlichen Folgen der von ihm vertretenen Lehrerinnen und Lehrer. Überlastungsanzeigen sind ein verzweifelter Hilferuf. Dass auch zweite und dritte Anzeigen keine Reaktion des HKM auslösen, ist für den Gesamtpersonalrat nicht mehr nachvollziehbar. Er fordert Herrn Kultusminister Prof. Dr. Lorz auf, die Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer um ihre Gesundheit und die gute Bildung der Schülerinnen und Schüler ebenso ernst zu nehmen wie seine Fürsorgepflicht als oberster Dienstherr aller hessischen Lehrkräfte.

Hintergrundinformationen: Arbeitsbelastungsfaktoren an hessischen Schulen

Zum einen steigt der **Anspruch an den Unterricht**, der erteilt werden soll. Lehrkräfte sollen einen ansprechenden, modernen und effektiven Unterricht machen, in dem nicht nur auf neueste Entwicklungen in fachlicher Hinsicht eingegangen wird. Der Unterricht soll auf dem neuesten Stand der didaktischen Forschung sein, verschiedene Fächer verbinden und Schülerinnen und Schüler möglichst spielend an neue Medien heranführen. Neben einer **sehr intensiven Unterrichtsvorbereitung**, die außerdem die steigende **Heterogenität in den Klassenzimmern** zu berücksichtigen hat, erfordert dies eine ständige **Fortbildungsbereitschaft außerhalb der Unterrichtszeit**.

Der Umfang der Tätigkeiten außerhalb des eigentlichen Unterrichts ist stark gestiegen. So sollen Schulen autonomer werden und **Profile ausbilden**, mit denen sie sich von den Schulen im Umkreis abheben können. Das hat zur Folge, dass Lehrkräfte intensiv an Schulprogrammen und Konzepten zu Förderungen in so unterschiedlichen Bereichen wie der Förderung von Hochbegabten, musikalisch, mathematisch-technisch oder sportlich Interessierten arbeiten.

Auch sollen sie **die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer betreuen und mit ausbilden**, sei es als Studierende im Praxissemester oder später im Referendariat, ohne dass man ihnen Zeit zum Koordinieren oder gemeinsamen Unterricht einräumt.

Autonomie und Wettbewerb von Schulen, aber auch der Wettbewerb der Bildungssysteme innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik verlangt eine gewisse Vergleichbarkeit der Lernleistungen. Dies hat zur Folge, dass neben einheitlichen Abschlussprüfungen die Zahl der **zusätzlichen Vergleichstests** stark zugenommen hat. Das hieraus resultierende „Teaching to the test“ steht jedoch im Widerspruch zu den Anforderungen an modernen Unterricht. Neben dem zeitlichen Aufwand für Durchführung und Auswertung solcher Tests beeinträchtigt dieser Zielkonflikt, der von den Lehrkräften nicht gelöst werden kann, die Arbeitszufriedenheit und stellt so einen weiteren Belastungsfaktor dar.

Die Umsetzung des Menschenrechts auf **gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung** im Rahmen der Inklusion ist eine Aufgabe, deren Umsetzung viele Jahre in Anspruch nehmen wird und neben erheblichen personellen Ressourcen auch einer gewissenhaften Planung und Steuerung bedarf. In den Schulen fühlt man sich in beiden Punkten im Stich gelassen.

Auch die **Beschulung von aus dem Ausland zugewanderten Schulkindern ohne ausreichende Sprachkenntnisse und Geflüchteten**, zum Teil traumatisierten Schülerinnen und Schülern, deren schulische Laufbahn in vielen Fällen schwerwiegenden Brüchen unterzogen war, benötigt neben ausgebildeten Fachkräften vor allem Einfühlungsvermögen und Zeit. Die rigiden Vorgaben des HKM, auch noch nicht alphabetisierte Schülerinnen und Schüler mit nur geringer Sprachkenntnis innerhalb von höchstens zwei Jahren zu einer Regelbeschulbarkeit zu bringen, setzt auch die motivierteste Lehrkraft unter enormen Druck und sorgt ob der unrealistischen Zielvorgabe für Frustration, da man hier seiner Aufgabe nicht gerecht werden kann.

Mit der **Ganztagsbeschulung** geht eine große Umwälzung für die Schulen einher. Sie bedeutet einen Zuwachs an erzieherischen Aufgaben, erfordert eine aufwändige Konzepterstellung und bindet in ihrer Durchführung zusätzliche Zeit.

Zusätzlich sollen Schulen im Bereich **Extremismus, Gewalt und Drogenmissbrauch** wertvolle Präventionsarbeit leisten und auch Ansprechpartner sein in Lebenskrisen oder in sehr heiklen Fällen von z.B. **sexuellem Missbrauch**.

Diese **Verdichtung der Arbeitsintensität** hat mehrere direkte Folgen für die Lehrenden. Viele Lehrkräfte arbeiten in **Teilzeit**, weil sie den Arbeitsumfang einer vollen Stelle nicht mit ihren familiären Verpflichtungen in Einklang bringen können. Erholungspausen werden zugunsten von Kurzmeetings geopfert, der **Krankenstand** und damit die Notwendigkeit, dass gesunde Kolleginnen und Kollegen Mehrarbeit leisten, um Vertretungsunterricht zu erteilen, steigt. Ob des drohenden Unterrichtsausfalls scheint die Zahl der Lehrkräfte, die krank zur Arbeit erscheinen, zuzunehmen. Aufgrund fehlender Zeit für Absprachen innerhalb der Schule greifen viele Kolleginnen und Kollegen auf moderne Kommunikationsplattformen zurück, durch die **ständige Erreichbarkeit** kommt es zu einer **Entgrenzung von Arbeitszeit**, auch hier zu Lasten der Regeneration.

Schließlich wirkt sich auch der **Lehrkräftemangel** in einigen Schulformen auf die Arbeitsintensität aus. Gerade an **Grundschulen** fehlen ausgebildete Lehrkräfte, was zur Folge

hat, dass an vielen Schulen Lehrerinnen und Lehrer oft zwei Klassen leiten und Vertretungskräfte ohne Lehramt anleiten und unterstützen müssen.

Dass die Arbeitsverdichtung auch den Bereich Schulleitung betrifft, führt dazu, dass es gerade im vergleichsweise schlecht bezahlten Bereich der Grundschulen sehr schwer geworden ist, **Schulleitungsstellen zu besetzen**. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Schulleitungsmitglieder aufgrund der stetig steigenden Arbeitsbelastung ihr **Leitungsamt wieder abgeben**. Die anfallenden Aufgaben werden in diesen Fällen von Teilen des Kollegiums unentgeltlich mitgetragen.

6.) Krieg und Frieden

In Zeiten zunehmenden Säbelrasselns innerhalb Europas und ausufernder Konflikte weltweit möchten wir Euch auf die dreiteilige SWR2-Feature Reihe „Kosten des Krieges“ aufmerksam machen.

Die Sendetermine für die Beiträge zu den Themen „Sterben tun immer die Anderen. Wer verdient am Waffenhandel?“, „Die gute Panzerfaust wird böse. Deutschland und seine Waffenlieferungen in den Nordirak“ und „Schattenwirtschaft. Wie sich der Terror in Westafrika finanziert“ sind der 28. März, 4. April und 11. April.

Weitere Informationen gibt es unter:

<https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/feature/startseite-mit-vorschau/-/id=659934/did=13749810/nid=659934/likz8bi/index.html> und

<https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/5-kosten-des-krieges-investigative-feature-reihe-in-sw2/-/id=10563098/did=21278500/nid=10563098/qtk6j/index.html>

7.) Tipps und Hinweise

Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte für eine friedliche Welt

Von Oberndorf über Kassel nach Berlin

21. Mai – 2. Juni 2018

www.frieden-geht.de

.....

Termine der Ostermärsche für den Frieden:

<https://www.friedenskooperative.de/termine?thema=69>

.....

GEW-TV zeigt: **Landeswohlfahrtsverband ohne Geld?** Gabi Faulhaber, Landtagsabgeordnete, und Dorothee Jünemann (beide Abgeordnete der LINKEN in der Verbandsversammlung des LWV) im Gespräch mit Robert Horak, GEW Offenbach-Stadt. Dauer: 31 Minuten. <https://vimeo.com/247538278>.

Alle GEW-TV-Sendungen online: <https://vimeo.com/user3759090>

.....

“Wir fordern mehr Zeit für Kinder in den Kitas durch zusätzliche Zeiten für Leitung, mittelbare pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten. Die vollständig gesetzlich geregelte Integration der Kinder mit Behinderung ist für die Liga Hessen eine Selbstverständlichkeit. Da das KiföG einen Mehraufwand an Verwaltung und Bürokratie geschaffen hat, müssen die Antrags- und Nachweispflichten entrümpelt werden.”

Online-Petition zur Überarbeitung des Hess. KiFöG der Liga der Freien Wohlfahrtspflege:
<https://www.liga-hessen.de/wir-ueber-uns/kampagnen/kifoeg-so-gehts/>

.....

Petition: Betriebsräte schützen, Unternehmerkriminalität bekämpfen!
<https://arbeitsunrecht.de/generalstaatsanwaltschaft-hessen-betriebsraete-schuetzen/>

.....

**Filmanalyse als Thema im Unterricht – kostenlose DVD für Lehrkräfte
„Dokumentarfilm sehen und verstehen“**

"Eine neue DVD der Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien bietet Lehrerinnen und Lehrern Informationen und Hilfsmittel für einen fundierten Unterricht zur Analyse des Dokumentarfilms. Das Dokumentieren des eigenen Lebens in der Öffentlichkeit steht bei Jugendlichen hoch im Kurs: Selfies, Facebook, Youtube oder auch Scripted Reality sind populäre Varianten dokumentarischer Formate. Bilder, Sound, Montage – viele Faktoren beeinflussen die Aussage und die Wirkung dieser Formate. Hier setzt die DVD „Dokumentarfilm sehen und verstehen“ an: Sie enthält 16 Kurzfilme, die im Unterricht angesehen werden können, und jeweils dazugehörige Arbeitsmaterialien für die Lehrkräfte. Schüler lernen nicht nur Bildsprache, Sound-Design und Schnitt kennen, sondern auch Techniken zur Dramatisierung. Die Kenntnisse sollen die Jugendlichen zu einem bewussten und verantwortlichen Umgang mit dokumentarischen Formaten – auch den eigenen (!) – befähigen.

Die DVD richtet sich an Lehrkräfte allgemeinbildender und beruflicher Schulen und ist insbesondere für den Einsatz in den Klassenstufen 7-10 und 11-13 konzipiert. Sie kann in unterschiedlichen Fächern eingesetzt werden – bspw. in Deutsch, Gesellschaftslehre, Politik, Geschichte, Kunst, Religion etc. Grundlage der DVD sind Erfahrungen aus dem medienpädagogischen Begleitprogramm zum Kasseler Dokumentarfilm- und Videofest – „junges dokfest“. Die jahrelange Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Schülern hat gezeigt, dass die Dokumentarfilmanalyse lehrreich und spannend sein kann. „Dokumentarfilm sehen und verstehen“ erscheint in der Reihe „Schule des Hörens und Sehens – Medienkompetenz für Lehrer“, die die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) gemeinsam mit dem Hessischen Kultusministerium herausgibt. Lehrkräfte können die DVD kostenlos bei der LPR Hessen unter lpr@lpr-hessen.de oder in Kürze bei den Hessischen Medienzentren beziehen." Kontakt bei Rückfragen: Annette Schriefers, Tel.: 0561/93586-12